

# Wirecard als Symptom

## Der Skandal um den Finanzdienstleister Wirecard weist auf grundlegende Probleme hin. Welche Konsequenzen sind nun zu ziehen

Politiker drängt es von Natur aus, sich um das Gemeinwohl zu kümmern. Das beinhaltet auch die Wahrnehmung von wirtschaftlichen Interessen – auf ganz vielfältige Weise. Draußen in aller Welt werden die heimische industrielle Potenz und die technologische Kompetenz repräsentiert und Unternehmen und ihre Produkte auf Märkten präsentiert. Bei Staatsbesuchen sind führende Vertreter von Industrie und Handel, Unternehmen und Finanzdienstleistern handverlesen eingeladen, als Mitglieder einer Wirtschaftsdelegation Seite an Seite mit einem Fachminister oder gar der Kanzlerin im Regierungsjet mitzureisen und bei Konferenzen und Buffets dabei zu sein. Publikumswirksam werden Verhandlungen geführt, Messen eröffnet, Unternehmen besichtigt und gewichtige

Verträge unterschrieben. Große, strukturell und systemrelevante Firmen mit vielen Mitarbeitern und Zulieferern, hohem Kapitaleinsatz und strategischem Wert erfreuen sich der besonderen Fürsorge und Begleitung durch die Politik. Das gilt insbesondere für Unternehmen im High Tech-Segment. Kein Siemens und kein Daimler kommen noch ohne staatliche Protektion über die Runden. Die Politik ist der „Door Opener“ zu lukrativen Märkten, insbesondere wenn wie in China dort ebenfalls die Politik ein gewichtiges Wort bei Aufträgen mitzureden oder gar das letzte Sagen hat.

### Wirecard blendete auch das Bundeskanzleramt

So lag es auf der Hand, dass der in den DAX aufgestiegene Finanzdienstleister und Abrechnungsspezialist Wirecard mit von der Partie war. Denn Wirecard nährte die Hoffnung, dass Deutschland endlich seinen Minderwertigkeitskomplex in puncto digitale Wirtschaft überwinden und zu den bedeutenden High Tech-Konzernen aus den USA und China aufschließen könnte. Die Story war, dass der milliardenfache Zahlungsverkehr via Internet, Kreditkarten und Smartphones von einem exquisiten Spezialabrechner für Unternehmen von Aldi bis Zalando kostengünstig und akkurat abgewickelt werden könnte. Wirecard, dem auch Kontakte ins Rotlicht- und Glücksspielmilieu nachgesagt wurden, verstand die Zeichen der Zeit. Wunschdenken nähren, Illusionen erzeugen und mehr Anschein, denn Sein produzieren – das wurde honoriert. Mit einer raffiniert „kreativen“ Buchführung, die sonst nur stabilitätsschwachen Ländern den Zutritt zur Euro-Währungsunion ebnete, wurde ein



Wirecard hatte sich den Ruf erarbeitet, ein deutscher Pionier für die digitale Wirtschaft zu sein. Foto: dpa

Potemkinsches Dorf errichtet, das fast alle blendete: das Bundeskanzleramt, das Bundesfinanzministerium, die Finanzaufsichtsbehörde Bafin, renommierte Wirtschaftsprüfungsgesellschaften wie EY, Börsianer und die meisten Wirtschaftsredaktionen. Wie ein Superspreader befeuerte das Wirecard-Management die Phantasie des geeigneten Publikums, breitete seine Art von Geschäftsmodell infektiös auf in- und ausländi-

schen Märkten mit einem verschachtelten Firmenkonstrukt aus und erfand Geschäftsabschlüsse und Umsätze mit real existierenden oder auch nur virtuellen Partnern. Die vorgegaukelten saftigen Gewinnmargen und üppigen Renditen inspirierten freudig investierende, aber unbedarfte Geldgeber als Anleger. Banker von gleich 15 Instituten verschafften mit immer neuen Krediten in Höhe von 3,2 Milliarden Euro Wirecard immer wieder frisches Geld.

Die Liste der den Wirecard-Managern zur Last gelegten Straftaten ist lang und reicht von gewerbsmäßigem Bandenbetrug über Unterschlagung bis hin zu Marktmanipulation und Geldwäsche.

Wie aber konnte es so weit kommen? Beim Umgarnen der Politik hatte der Betrügerkonzern alle Register gezogen; der smarte ehemalige Bundesverteidigungs- und -wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und der ehemalige Nachrichtendienstkoordinator Klaus-Dieter Fritsche sorgten als Lobbyisten für den Zugang zu Kanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Olaf Scholz. Fortan begleiteten Merkel und Scholz wohlwollend das aufstrebende Unternehmen, das zeitweise mit einem Wachstum von bis zu 35 Prozent sogar die Börsenbewertung der Deutschen Bank toppte, und agierten besonders in China im Sinne von Wirecard.

### Aufsichtsbehörden drückten die Augen zu

Ein Rudel von proaktiv und aggressiv agierenden Anwälten hielt jegliche aufmuckende Wirecard-Kritik in Schach. Auch sämtliche Aufsichtsbehörden drückten alle Augen zu und wollten nicht genau wissen, was da schon lange im Busch vor sich ging. Für die Bafin und weitere Prüfeinrichtungen, aber auch die Bilanztestierer wie EY geht es inzwischen um's Renommee.

Allein die Financial Times ließ sich weder einschüchtern noch täuschen. Schlussendlich erwiesen sich 1,9 Milliarden Euro bei dem insolventen Unternehmen als nicht vorhanden oder in die Taschen des zum Teil inhaftierten Managements abgeflossen. Für Scholz ist nun die angestrebte Kanzlerkandidatur für die SPD in Gefahr; auch die Union wird sich einem Untersuchungsausschuss wohl nicht verschließen.

Mehr Check and Balances und weniger staatlicher Einfluss hätte allen Seiten gut getan. Scholz hat nun rasch einen ad hoc-Aktionsplan vorgelegt. Bilanzprüfungen sollen transparenter, Gerüchten soll durch Sonderermittler intensiver nachgegangen werden und Wirtschaftsprüfer sollen für Testate auch privatrechtlich haften. Auch bedarf es noch einer Debatte über die ökonomische Rolle des Staates.

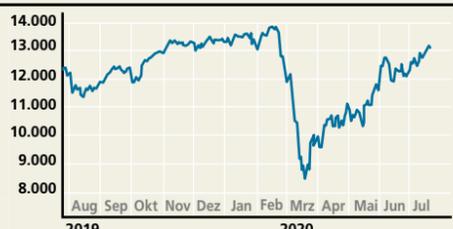
## Marktüberblick

### GOLDPREIS AUF ALLZEITHOCH

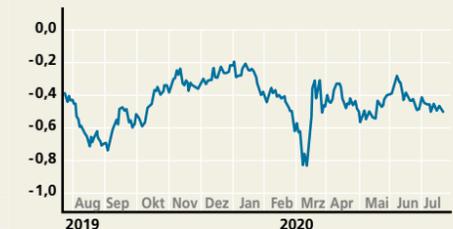
Wegen der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise und den damit verbundenen Unsicherheiten ist Gold so teuer wie noch nie zuvor. In der Nacht zum Montag stieg der Preis für eine Feinunze (31,1 Gramm) bis auf 1944,71 Dollar und übertraf damit das bisherige Rekordhoch von rund 1921 Dollar vom September 2011. Damit zog der Goldpreis in diesem Jahr bereits um etwas mehr als ein Viertel an, wobei er vor allem seit Mitte Juni stark zulegte. Zu Beginn des Corona-Crashes an den Finanzmärkten hatte Gold sogar an Wert verloren, obwohl das Edelmetall als sicherer Hafen in Krisenzeiten gilt. Mitte März kostete eine Feinunze weniger als 1500 Dollar. Gold ist zurzeit aufgrund mehrerer Gründe sehr beliebt unter Anlegern. Hauptgrund dürfte die Corona-Pandemie mit ihren dramatischen Folgen für die Wirtschaft sein. Dazu gehören auch die hohe Unsicherheit über den Ausgang der Krise, Spannungen zwischen den USA und China, stark steigende Staatsverschuldungen sowie die anhaltend weltweit niedrigen Zinsen.

### KONJUNKTUR-OPTIMISMUS IN DEUTSCHLAND WÄCHST ETWAS

Die deutsche Konjunktur ist nach Auffassung von Volkswirten führender Finanzinstitute nach dem „Corona-Einbruch“ wieder auf Erholungskurs. Laut Umfrage der Nachrichtenagentur dpa stimmen die Frühindikatoren derzeit optimistisch. Auch das zweite Quartal, in das der Höhepunkt der Corona-Krise fiel, sei erfreulich robust verlaufen. Die Lage bleibe aber weiter angespannt, Rückschläge sind nicht auszuschließen. Auch der Export habe wieder angezogen, die Ausfälle etwa im China-Geschäft seien nicht so groß wie ursprünglich befürchtet. Jedoch gibt es auch



**Deutscher Aktienindex (DAX)**  
seit Jahresbeginn: -3,13%  
Jahresende: 13.249    Aktuell: 12.834  
(27.07.2020 / 09:30 Uhr)



**Zinsen (Umlaufrendite)**  
Aktuell: - 0,49%  
(24.07.2020 / Börsenschluss)

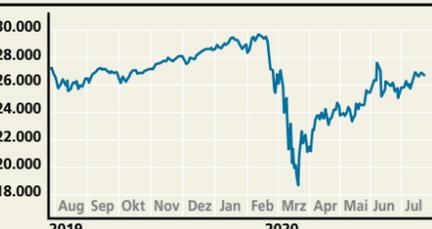
Nachrichten, die nachdenklich stimmen. So wird ein ungeordneter Brexit nach Ende der Übergangsfrist Ende des Jahres wahrscheinlicher. Auch die Entwicklung in den USA sorgt derzeit für große Unsicherheit. Hier schlägt die Corona-Krise mit besonderer Wucht zu. Im Herbst könnte aufgrund der Corona-Pandemie eine Welle von Insolvenzen einsetzen, die sich wiederum dann auch negativ auf den Arbeitsmarkt in Deutschland niederschlagen würde.

### ARGENTINIEN LEHNT ANGEBOT DER GLÄUBIGER AB

Im seit Monaten andauernden Streit über einen riesigen Schuldenerlass hat die argentinische Regierung das jüngste Angebot der Gläubiger abgelehnt. Das Wirtschaftsministerium in Buenos Aires teilte mit, dass die neuen Forderungen nicht erfüllt werden können. „Das wäre nicht nur

## LIGA BANK

Dienstleister für die Kirche  
- seit 1917 -



**Dow Jones Industrials (DJIA)**  
seit Jahresbeginn: -7,24%  
Jahresende: 28.538    Aktuell: 26.469  
(24.07.2020 / Börsenschluss)



**EURO (gegen US-Dollar)**  
seit Jahresbeginn: +4,30%  
Jahresende: 1,1221    Aktuell: 1,1703  
(27.07.2020 / 09:33 Uhr)

unverantwortlich, sondern auch ungerrecht“, hieß es in einer Stellungnahme. „Während 50 Prozent der Kinder in Argentinien in Armut leben, können wir nicht die kurzfristigen Gewinne unserer Gläubiger erhöhen.“ Experten zufolge ist die Staatsverschuldung der zweitgrößten südamerikanischen Volkswirtschaft auf Grundlage der aktuellen Bedingungen längst nicht mehr tragbar. Deswegen fordert Argentinien von seinen privaten Gläubigern, auf einen Teil ihrer Forderungen mit einem Gegenwert von rund 66 Milliarden US-Dollar zu verzichten. Sollte es zu keiner Einigung kommen, droht dem Land erneut die Staatspleite. Das wäre dann bereits der neunte Zahlungsausfall in der argentinischen Geschichte. Kreditgeber hatten zuletzt höhere Zinsen auf die Staatsanleihen und neue Vertragsklauseln gefordert.